

Bifos e.V. Zeitzeugenprojekt

Zeitzeugin: Barbara Stötzer-Manderscheid, Weimar

Interviewerin: Barbara Vieweg, Jena

Sprechen wir über die Anfangszeit der Behindertenbewegung im Osten Deutschlands, ganz besonders in Südthüringen – wo du lange gelebt und gearbeitet hast. An welche wichtigen Ereignisse erinnerst du dich, bevor die Mauer fiel?

Lass uns Mitte der 80er Jahre beginnen. 1984 war für mich persönlich das Jahr vieler Brüche und Veränderungen. Meine Muskelerkrankung war soweit fortgeschritten, dass ich ohne mich irgendwo festzuhalten, nicht mehr laufen konnte und außerhalb der Wohnung auf einen Rollstuhl und Hilfe angewiesen war. Durch Mitpatienten hatte ich dann während einer Kur in Wiesenbad (Freistaat Sachsen) gelernt, meinen ersten Handrollstuhl – ein viel zu breites und schon sichtbar angerostetes Kassenmodell - als Hilfsmittel zu akzeptieren. Da war nun nicht mehr das unsichere Entlangtasten an der Wand oder einem Geländer, keine Angst mehr vor dem Hinfallen. Ich konnte jetzt meinen Bewegungsradius erweitern, Neues entdecken und mit den anderen „Rollis“ unterwegs sein und Spaß haben. Gut für mein Selbstbewusstsein, schlecht für meine damalige Ehe, die daran zerbrach. Dadurch fiel wiederum ein Teil meiner täglichen Unterstützung weg und von den Mitmenschen wurde ich jetzt im Rollstuhl sitzend ganz anders wahrgenommen – eingeschränkt, krank, behindert, bemitleidenswert. Dazu kam eine Umwelt, die weder passte noch funktionierte. Das Loch, in das ich gefallen war, war verdammt tief.

Mit Hilfe von Familie und Freunden ging es dann irgendwie weiter. Ein Elektro-Rollstuhl musste her, ein Telefon, eine Rampe an den Hauseingang. Eine behinderte Freundin (Kerstin Wölfling) nahm mich mit in den Körperbehindertenkreis der evangelischen Gemeinde in Viernau (Landkreis Schmalkalden-Meiningen). Das war dann gewissermaßen meine erste Selbsthilfegruppe. Dort wurde ich so, wie ich war, akzeptiert. Helferinnen und Helfer gaben Sicherheit - waren überall dort, wo sie gebraucht wurden. Dieser Kreis, initiiert und geleitet von der Pfarrersfamilie Vater, wurde eine wichtige Plattform für mich. Unter diesem Dach der Kirche war jeder willkommen und mittendrin. Hier erfuhren wir durch Gäste aus dem Westen viel über andere, nicht sozialistische Länder - ich bekam aber auch von der politischen Arbeit für und mit Menschen, die nicht ins starre Bild der DDR-Staatsmacht passten, etwas mit. Im Viernauer Gemeindehaus erlebte ich Weltoffenheit, Meinungsfreiheit und den Mut, Unrecht zu benennen. Hier sprachen wir offen über unsere Lebenssituation als Menschen mit Behinderungen, über

das, was wir brauchten oder was es im Westen schon gab, wie z.B. ansehnliche Rollstühle u.a. Hilfsmittel, Zivildienstleistende oder Fahrdienste. Nach der Wende hörte ich dann, dass die Stasi selbst hier oder besonders hier ihre Ohren hatte.

Im Oktober 1987 schrieb ich an die populär-medizinische Zeitschrift „Deine Gesundheit“, dass es wichtig wäre, einen Verband für Menschen mit Körperbehinderungen (im damaligen Sprachgebrauch: physisch Geschädigte oder körperlich Versehrte) analog der Verbände für Sinnesbehinderte zu gründen und sprach verschiedene Mängel in der Versorgung behinderter Menschen an. Vom Chefredakteur erhielt ich dann im Januar 1988 einen Brief mit einer 2seitigen Stellungnahme des Ministeriums für Gesundheitswesen der DDR, in der mir – ausgehend vom VIII. Parteitag der SED und der erfolgreichen Rehabilitation “Geschädigter” erklärt wurde, dass die Gründung des Blinden- und Sehschwachenverbandes sowie des Schwerhörigen- und Gehörlosenverbandes in den 50er Jahren historische Gründe hatte. Weiter hieß es u.a.: „Die Rehabilitation geschädigter Bürger liegt bei uns in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und wird gesamtstaatlich geleitet. Das Gesundheits- und Sozialwesen hat dabei spezifische und koordinierende Aufgaben im Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen zu realisieren. Ein spezieller Verband für Körperbehinderte ist daher nicht erforderlich. Es liegt auf der Hand, dass für die große Zahl physisch Geschädigter solch eine Verbandsbildung völlig unrealistisch wäre.“ Abschließend steht in diesem Schreiben: „Die Mitarbeiter des Ministeriums für Gesundheitswesen werden sicher hinsichtlich der Gruppen- bzw. Klubbildung Geschädigter, ihrem Inhalt und ihrer Zielstellung in den folgenden Jahren, in Auswertung bestimmter Modell- und Einzelbeispiele, weitere Erfahrungen sammeln.“ Wie gut, dass die Geschichte bald anderes Denken möglich machte.

Anfang 1988 wurde in der südthüringer Tageszeitung „Freies Wort“ erstmalig ein Leserbrief von mir veröffentlicht, in dem ich über Mobilitätsprobleme, bauliche Barrieren und die Wahrnehmung behinderter Menschen in Öffentlichkeit schrieb und forderte „uns wie ganz normale Menschen zu sehen und ohne Vorbehalte mit uns zu reden“. Im Mai wurden dann weitere Artikel veröffentlicht, in denen es darum ging, Unkenntnis und Unsicherheit behinderten Menschen gegenüber abzubauen.

1988 gründete sich aus dem großen Viernauer Behindertenkreis eine kleine Gruppe Körperbehinderter - die sich nun im Suhler Gemeindehaus traf. Diese Treffen hatten jetzt

auch eine Außenwirkung. Nicht nur durch die Presse, auch ganz praktisch. So wurde ein B 1000 (Transporter) mit Auffahrtsschienen zum Fahrzeug für Rollstuhlnutzer*innen (offiziell sprach man von einem Versehrten-Taxi) umgebaut. Und es gründete sich in Suhl – jetzt außerhalb des schützenden Daches der Kirche - die erste Selbsthilfegruppe in der Region.

Eine Selbsthilfegruppe allgemein für Menschen mit Behinderungen?

Nein, schon spezifisch. Es waren mehrere Leute mit MS, die sich dann regelmäßig trafen und ich war in der ersten Zeit dabei. Mir ging es nie vordergründig um meine Erkrankung, eher um den Austausch, wie man mit einer chronischen Erkrankung lebt, die Erfahrungen mit Behörden und Hilfsmitteln, die Kraft einer Gruppe.

So eine Gruppierung – die rechtlich in der DDR unter Strafe gestellt werden konnte - war für die damalige Zeit in Südthüringen – im Volksmund gern als „autonome Gebirgsrepublik Suhl“ bezeichnet - schon eine große Errungenschaft. Vor dieser Selbsthilfegruppe – 1985 oder 1986, gab es in Suhl, „der roten Stadt im grünen Wald“, schon einmal Bestrebungen, Menschen mit Körperbehinderungen zu regelmäßigen Treffen zusammenzuführen. Diese Initiative ging von einer Psychologin aus. Wir waren 5 Leute – jeder anders behindert - und trafen uns in einer Gaststätte oder in meiner für Rollstuhlnutzer*innen zugänglichen Wohnung. Diese Gruppe löste sich aber nach wenigen Treffen wieder auf, denn es mangelte uns an ausreichender Mobilität und Hilfe. Die Psychologin wurde an einen anderen Ort versetzt und war für uns nicht mehr erreichbar.

1988 waren aber schon mehr behinderte Menschen im Bild der Öffentlichkeit sichtbar - wir konnten Missstände benennen oder z.B. an der Einrichtung von „Versehrten-Parkplätzen“ im Suhler Stadtzentrum in Zusammenarbeit mit dem Kreisrehabilitationszentrum mitwirken.

Im Februar 1989 machte ich beim Suhler OB eine Eingabe (Beschwerde bei staatlichen Stellen), weil der Weg zu einer neuen Kaufhalle nur über viele Stufen möglich sein sollte und ich das als „erhebliche Beeinträchtigung meiner (durch einen E-Rollstuhl) wiedererlangten Selbstständigkeit“ empfunden habe. Die Kaufhalle wurde danach barrierefrei zugänglich. Wir hatten also inzwischen eine Sprache gefunden, durch die wir Rahmenbedingungen für uns mitgestalten konnten.

Schildere doch mal dein Leben im Sommer '89.

Ein wichtiger Einschnitt war schon das Frühjahr '89, denn im März habe ich mein

Arbeitsverhältnis im damaligen Bezirkskrankenhaus Suhl auf eigenen Wunsch beendet. Ich arbeitete in der Informationsstelle, die zur Medizinischen Bezirksbibliothek gehörte. Auslöser für meine Kündigung war die Vorbereitung zur Verteidigung des Titels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ - zum wiederholten Male. Das gab es jährlich in den meisten DDR-Betrieben. Oft wurde aufgeschrieben und abgerechnet, was gewünscht war, immer schön partei- und staatskonform. Für mich war das aber zu so einer Farce geworden, das ich gesagt habe, ich mache nicht mehr mit. Der Punkt des Tolerierbaren war für mich überschritten. Ein solches Auftreten entsprach natürlich nicht den Erwartungen der Leitung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um recht wahrscheinlichen Konsequenzen vorzubeugen, habe ich dann umgehend mein Arbeitsverhältnisses beendet.

Da hat doch ganz viel Mut dazu gehört, denn du hattest ja sicherlich nicht viele andere Angebote.

An andere Arbeitsmöglichkeiten habe ich überhaupt nicht gedacht. Das war eine spontane Reaktion aus dem Bauch heraus. Aber dieses Gefühl einer großen Unzufriedenheit und das Bedürfnis, kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen, war damals bei vielen Menschen vorhanden. Es brodelte in der Bevölkerung, es war Zeit für Veränderungen. Andererseits habe ich mich ja schon länger für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen engagiert und positioniert, das taten zu dieser Zeit auch wenige Menschen.

Ich war durch meine Invalidenrente nicht sofort völlig mittellos. Diese finanzielle Sicherheit half mir wahrscheinlich, so eine Entscheidung zu treffen.

Und davon konnte man auch leben?

Für meine Tochter, damals 15, und für mich hat es gereicht. Die Miete für unsere 3-Zimmer-Wohnung betrug 91,50 Mark. Grundnahrungsmittel waren subventioniert und der neue Trabbi reichte für die notwendige Mobilität. Auf alles andere konnten wir erstmal verzichten.

Ein Land im Aufbruch – Menschen mit Behinderungen im Aufbruch

Nach meiner Kündigung habe ich mich weiter den Problemen behinderter Menschen gewidmet. Ich schrieb Leserbriefe und Artikel für regionale und überregionale Zeitungen,

z.B. im Juli 1989 über die Zusammenarbeit der Leitung des Kultur- und Sportzentrums Suhl mit Rollstuhlfahrern oder kritisierte in der „Wochenpost“ die Äußerungen von Behördenmitarbeitern, dass für Behinderte genug getan wird, unser Alltag aber anders aussieht. Im November 1989 schickte ich an den Rat des Bezirkes Suhl und den Bezirksarzt einen Forderungskatalog „für eine allseitige Integration von behinderten Menschen in die Gesellschaft“.

Darüber hinaus war ich motiviert und offen für Veränderungen in der DDR, als es im Herbst 1989 wirklich zur Sache ging: Die Ausreisewelle, die Friedensgebete in den Kirchen, die sich formierende Bürgerrechtsbewegung. Ich denke an die große Demonstration in Suhl – da waren 25.000 Menschen auf der Straße. Das war damals etwa jeder 2. Einwohner! Wir haben an diesem Tag viele brennende Kerzen vor das Rathaus gestellt. Diese Aufbruchsstimmung habe ich voller Hoffnung und Begeisterung – wenn auch nicht ohne Ängste vor Eskalation - miterlebt.

Die arbeitsrechtliche Situation von Menschen mit Behinderungen in der DDR

Noch mal zurück zu deiner Kündigung: Wie waren denn die Reaktionen? Gab es Kollegen, die dich davon abbringen sollten oder dachten die: Naja ...?

Unter den Kolleginnen und Kollegen gab es keine Diskussionen, die mir in Erinnerung geblieben sind. Ich denke, es wurde verstanden und war o.k., auch wenn meine Arbeit sicher nicht in vollem Umfang weitergeführt werden konnte. Durch die Umstrukturierung nach der Wende wäre ich aber sowieso ein Jahr später arbeitslos geworden ...

Da hat man dich schon anders behandelt, als wenn jemand nichtbehindert gewesen wäre und seinen Job gekündigt hätte.

Ja, das ist möglich. Menschen mit Behinderungen wurden durch das Sozial- bzw. Reha-System der DDR „aufgefangen“. Nach dem Abitur 1971 erfuhr ich z.B. von meiner Muskelerkrankung. Daraufhin wurden in verschiedenen mehrmonatigen Krankenhausaufenthalten unterschiedliche Therapien ausprobiert. Ehe ich mich versah, war ich im System der staatlichen Fürsorge. Mit 19 Jahren erhielt ich aufgrund meiner Diagnose progressive Muskeldystrophie eine Invalidenrente und damit schien erstmal keine „normale“ Ausbildung, kein Studium mehr möglich. Ein Arzt fragte mich damals,

warum ich überhaupt arbeiten will – ich bekomme doch Rente (zu der Zeit 230 Mark). Mir wurde dann in Berlin-Buch, dem größten Rehazentrum der DDR, ein neu konzipiertes Ökonomie-Studium unter sogenannten „geschützten Bedingungen“ angeboten. Mit diesen Bedingungen – 8-Bett-Zimmer ohne Privatsphäre, Erzieherinnen, Ausgang nur auf Antrag – kam ich nicht klar und brach das Ganze nach 9 Tagen auf eigene Verantwortung und nur mit Wissen und Hilfe einer Erzieherin ab. Ich flüchtete regelrecht nach Magdeburg zu meiner Oma und ging auf Arbeitssuche – ohne Erfolg, da ich wegen der Invalidenrente nicht vollbeschäftigt werden durfte, aber nur Vollbeschäftigung gefragt war. Das war keine gute Zeit. Ich stand gerade am Anfang meines Berufslebens, war sichtbar gehbehindert, wurde aber aufgrund der Diagnose und der Rente vor allem von Medizinern wie eine Schwerkranke behandelt. Nichts passte, ich hatte kein Ziel, keinen Plan, wenig Selbstbewusstsein.

Dann wurde für mich in Suhl von staatlicher Seite ein Arbeitsplatz gesucht. Eine Reha-Kommission suchte nach Arbeitsmöglichkeiten, die im besten Fall gemeinsam mit dem behinderten Menschen aufgrund seiner Fähigkeiten ausgesucht wurden. Mir wurde vorgeschlagen, als Lehrerin in einer Sonderschule zu arbeiten, was ich mir aber nicht vorstellen konnte. Der nächste Vorschlag war die Teilzeitbeschäftigung in einer medizinischen Fachbibliothek des Institutes für Blutspende- und Transfusionswesen, die ich annahm. Nach einem Jahr bekam ich von diesem Institut das Angebot, berufsbegleitend Informationswissenschaften in Berlin zu studieren. In der Praxis hieß das, drei Wochen arbeiten, eine Woche studieren – Vergünstigungen wegen meiner Behinderung gab es für das Studium nicht, auch keine Barrierefreiheit. Im letzten Studienjahr kam ich behinderungsbedingt nicht mehr ohne die Hilfe von Kommilitoninnen zurecht, die mir vor allem bei der Bewältigung der Treppen halfen. So konnte ich das Studium erfolgreich abschließen und mit diesem Abschluss bewarb ich mich 1979 für einen Arbeitsplatz im neuen Bezirkskrankenhaus in Suhl.

Wichtig war in der DDR, dass behinderte Menschen, soweit sie ohne oder mit wenig Hilfen arbeitsfähig waren, auch Arbeit hatten. Wer außerhalb einer Behindertenwerkstatt - die es als kleine Betriebsabteilungen gab – eigenständig arbeiten konnte, wurde oft einem Betrieb zugewiesen. Solche Arbeitsplätze wurden subventioniert und zusätzlich zu den vorhandenen Stellen eingerichtet. Ggf. gab es für Menschen mit Behinderungen auch Unterstützung durch Arbeitgeber. So konnte ich z.B. eine Zeit lang mit dem Fahrzeug des Krankenhauses, welches für die tägliche Posttour genutzt wurde, nach Hause fahren. Als sich meine Arbeitszeiten änderten, wurde mir vom Kreisrehabilitationszentrum ein Taxi

finanziert. Ich brauchte damals kein spezielles Fahrzeug, konnte noch kurze Strecken laufen, wenn Möglichkeiten zum Festhalten in der Nähe waren. Mit Rollstuhl wäre alles komplizierter gewesen. Wahrscheinlich hätte ich dann – wie viele andere körperbehinderte Menschen mit erheblichen Mobilitätseinschränkungen – eher einen Heimarbeitsplatz gehabt oder von meiner kleinen Rente gelebt. Mit Invalidenrente und Teilzeitarbeit hatte ich ein vollwertiges Einkommen und auch Lebensgefühl. Der Arbeitsplatz, den ich dann im März 1989 kündigte, hatte aus dieser Perspektive schon einen hohen Stellenwert.

1990 schickte mir das Krankenhaus im Zuge von Umstrukturierungen meine Personalakte zu. Die war – wie wir damals sagten – bereinigt, also aussortiert. Aber ich fand darin noch einen Aufhebungsvertrag – den ich vorher nie gesehen oder unterschrieben hatte und las, dass ich im März 1989 aus gesundheitlichen Gründen um Aufhebung meines Arbeitsvertrages gebeten hätte. Wirklich verwundert hat mich das nicht ...

Wende-Politik auch für Menschen mit Behinderungen

Ja, wie ging es dann im Herbst 1989 weiter?

Es passierte so wahnsinnig viel und immer mehr Menschen trauten sich etwas. Und wir wussten, was wir wollten. Was in den vorhergehenden Jahren nicht umgesetzt werden konnte, war dennoch in unseren Köpfen vorhanden. Daraus formulierten wir nun grundlegende Forderungen, mit denen wir und unsere Verbündeten 1989/90 auf die Straße und an die Öffentlichkeit gingen. Um besser gehört zu werden, schloss ich mich dem gerade gegründeten politischen Zusammenschluss „Neues Forum“ an (später wurde daraus die Partei „Bündnis 90“).

Wie hast du zu denen Kontakt bekommen?

Das weiß ich heute gar nicht mehr genau. Man kannte sich durch die Friedensgebete und andere Aktionen. Jedenfalls war ich bei vielen Diskussionen und den ersten Runden Tischen dabei, wenn es um neue politische Strukturen ging. Wichtig war für mich die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen bei Entscheidungen, von denen wir betroffen waren und um die Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit behinderte Menschen noch sichtbarer wurden und ihr Leben selbstbestimmt gestalten konnten.

Es war nicht schwer, behinderte und nichtbehinderte Mitstreiter*innen über Aufrufe in der Presse zu finden. So haben wir dann auch Ende 1989 den ersten Behindertenverband in

Suhl gegründet, nicht viel später den ersten Behindertenverband des Bezirkes Suhl als Zusammenschluss der neugegründeten südthüringer Behindertenverbände, in denen sich Menschen hauptsächlich mit Körperbehinderungen und Angehörige organisierten. Aus den Behindertenverbänden der ehemaligen Bezirke Erfurt, Gera und Suhl entstand dann der Verband der Behinderten Thüringen e.V.. Diesen gibt es schon lange nicht mehr, die örtlichen Verbände dagegen schon.

In Suhl haben wir uns im Dezember 1989 auch in die neu gegründete Städtepartnerschaft mit Würzburg eingebracht. So entstanden z.B. Kontakte zum Verein "Rollstuhlfahrer und ihre Freunde", dem Würzburger VdK, der IKOS (Informations- und Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen) und im Januar 1990 waren auch erstmalig Rollstuhlfahrer*innen aus Suhl und Würzburg zum Neujahrsempfang des Würzburger Oberbürgermeisters eingeladen.

Ab Februar 1990 hatte ich im neuen Informations- und Beratungszentrum Südthüringen des Verbandes der Behinderten Thüringen e.V. wieder bezahlte Arbeit. In den ersten Monaten der Wendezeit war der Abt. Gesundheitswesen beim Rat des Bezirkes gut zu vermitteln, dass es aufgrund vieler Unsicherheiten und Neuerungen eine Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen geben musste. Die neue Beratungsstelle wurde schnell zum Anlaufpunkt für alles und jeden, wenn es um das Thema Behinderung ging. Ganz wichtig war unsere Öffentlichkeitsarbeit – fast wöchentliche Pressemitteilungen, ein Infoblatt, Informationsveranstaltungen – wir waren sehr kreativ.

Dann wollten Menschen mit Behinderungen natürlich auch von der errungenen Reisefreiheit profitieren und so wurden regelmäßig Fahrten nach Bayern, anfangs auch nach Österreich und Frankreich, organisiert. Möglich wurde das durch großzügige Geschenke, wie drei Kleinbusse von den Westeifelwerkstätten und zwei Versicherungen als Grundausstattung für den Suhler Behindertenfahrdienst. In den Anfängen der Wendezeit war es nach meiner Erinnerung hilfreich, in der Öffentlichkeit zu stehen, einen Plan, ein Ziel, gute Rahmenbedingungen für die Gründung von Verbänden und auch Glück zu haben.

So legten wir los mit der Beratungsarbeit – ohne jegliche Vorkenntnisse oder entsprechende Berufsabschlüsse. Zu den ersten Angeboten des Informations- und Beratungszentrums gehörte die Unterstützung von Menschen mit Kriegsverletzungen. Beim Verband der Behinderten Suhl gründete sich eine Arbeitsgruppe Kriegsversehrte. Diese konnten erstmalig staatliche Leistungen beziehen und wir waren bei der

Antragsstellung behilflich. Auch dabei habe ich Erfahrungen gemacht, die mich bis heute sehr bewegen: Da kamen nicht Menschen, die einfach nur ein Papier ausgefüllt haben wollten, da kamen alte Menschen mit Dokumenten aus der Zeit des 2. Weltkrieges bis in die 50er Jahre, mit Zeitungsausschnitten, Fotos, kleinen Zeichnungen, Landkarten, aber vor allem mit ihren Geschichten, z.B. auch von russischen Arbeitslagern. Wenige sprachen über die Grausamkeiten, die sie dort ertragen mussten und über die sie Jahrzehnte geschwiegen hatten. Solche Berichte waren nochmal eine andere Dimension, als mir bis dahin bekannt war. Über dieses Kapitel der Geschichte wurde in der DDR viel zu lange geschwiegen. Es waren meistens Frauen, die kamen, Männer waren die Ausnahme. Ich erinnere mich an meine damaligen Gedanken: Ich muss jetzt irgendetwas tun, damit ich diese Erzählungen auch einordnen und verarbeiten kann - denn damit wurde ja auch ein wichtiger Teil meines bisherigen Geschichtsbildes infrage gestellt.

Kontakte zur westdeutschen Behindertenbewegung

Hattet ihr in der DDR schon Kontakt zu westdeutschen Behinderten?

Das kann ich nur aus meiner persönlichen Erfahrung beantworten. Während einer Kur in Wiesenbad konnte ich die Zeitschrift „Muskelreport“ von der damals (west-)Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke lesen. Darüber bekam ich dann Kontakt zu einer muskelkranken Frau, die Kontaktperson in Frankfurt am Main war. Im Herbst 1988 besuchte ich sie und ihren Freund. Es war meine erste Reise in den Westen. Durch meine Behinderung war ich ja seit meinem 19. Lebensjahr Invalidenrentnerin, wurde damit Altersrentner*innen gleichgestellt und durfte in den Westen zu Verwandten reisen. Problem: ich hatte keine Verwandten im Westen und musste diese erst erfinden, um reisen zu können.

Hatte das mit dem Geld zu tun?

Möglicherweise, wovon sollte der Aufenthalt im Westen finanziert werden. Wir konnten ja nur eine sehr kleine Summe Geld umtauschen. Vielleicht aber auch, damit so eine Reise kontrollierbar blieb. Für die Reiseerlaubnis und das Visum musste ich jedenfalls eine Adresse und das Verwandtschaftsverhältnis angeben.

Du hast keine Reiseerlaubnis bekommen, wenn du keine Verwandten hattest?

Nein, nicht als „Normalbürgerin“. Wer keine Alters- oder Invalidenrente bezog, brauchte auch noch eine Einladung der Verwandten zu einem bestimmten Anlass. So kannte ich das Procedere.

Ich war also eine Woche in Frankfurt am Main, wo ich erstmals die Hilfe durch persönliche Assistentinnen kennenlernte – allein der Begriff „Assistenz“ war für mich etwas völlig Neues. Ebenso Fahrdienste für Rollstuhlnutzer*innen, für die Freifahrten vom Sozialamt finanziert wurden. In dieser Woche habe ich eine ganze Menge über selbstbestimmtes Leben mitbekommen. Auch wie man als Rollstuhlnutzerin studieren konnte. Nach dieser für mich sehr intensiven Woche bin ich mit einem Kopf voller Ideen nach Suhl zurückgekehrt, konnte aber nicht offen darüber reden, nur mit sehr wenigen Menschen, denen ich vertraute.

Ich war dann im September 1989 ein zweites Mal in Westdeutschland. Auf Einladung des Herausgebers der „Deutschen Behindertenzeitschrift“ habe ich an einer Internationalen Sonnenberg-Tagung in St. Andreasberg, im West-Harz, teilgenommen (Tagung des Sonneberg-Kreises e.V., eines freien Trägers internationaler Bildungsarbeit, Anm.d.Red.) Auch hier hatte ich nicht offiziell angegeben, dass ich an einer Tagung teilnehme, sondern die Privatadresse des Tagungsleiters für eine private Reise. Von den 20 Personen aus der DDR, die zu dieser Tagung eingeladen waren, sind nur vier am Tagungsort angekommen - genau die, die eine Privatadresse als Reiseziel angegeben hatten. Das war eben alles noch im Bereich der Illegalität. Nach meiner Rückkehr hatte ich das Gefühl, mit meinem Telefon stimmt etwas nicht. Es knackte beim Telefonieren recht ungewohnt. Und wieder konnte ich mit kaum jemandem über all die Eindrücke und Erfahrungen sprechen – nicht mal in der eigenen Familie.

Als die Grenze dann offen war, fuhr ich mit Kerstin Wölfling oder auch allein öfter zu den Krüppeltreffen der westdeutschen Behindertenbewegung nach Melsungen, von denen ich durch meine Kontakte erfahren hatte. Hier war Zeit und Raum, sich tiefgründiger mit gesellschaftspolitischen, ethischen oder feministischen Themen zu befassen, was beim Verband der Behinderten so nicht möglich und daher für uns Neuland war. Dort hörte ich z.B. das erste Mal von Peter Singer und seiner behindertenfeindlichen Theorien.

Wie entwickelte sich dann die Beratungsarbeit in den Jahren der Wende?

Wie gesagt – wir haben als Quereinsteiger begonnen und uns den neuen Aufgaben

gewidmet. Nach den ersten Erfahrungen im Informations- und Beratungszentrum des Verbandes der Behinderten habe ich gezielt nach Fortbildungen für mich gesucht, denn ich wollte ja an den neuen Herausforderungen nicht scheitern. Alle Fortbildungsangebote für oder über Menschen mit Behinderungen fanden 1990 noch in den alten Bundesländern statt. Ich erinnere mich noch an meine erste Fortbildung, angeboten vom BSK (Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Anm.d.Red.), wo ich Sigrid Arnade kennenlernte – eine Tagung über Assistenz. Aber auch viele andere Themen fand ich sehr spannend. In der DDR gab es für mich nach meinem Studium keine Fortbildungen, die wirklich barrierefrei oder gar auf selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen zugeschnitten waren. Das änderte sich erst 1992 mit der Gründung des bifos e.V. (Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter).

In der Beratungsarbeit ging es vorrangig um sozialrechtliche Fragen - um Informationen zu und Durchsetzung von Leistungsansprüchen, Erhöhung des Grades der Behinderung, um Hilfsmittel, um Unterstützung beim Finden von Arbeitsplätzen.

Diese Beratungsstelle des Behindertenverbands, die schon im Februar '90 entstanden ist – wer hat das denn bezahlt, das war ja noch DDR?

Es gab ja noch die alten Strukturen und so war der Rat des Bezirkes offizieller Träger und Geldgeber. Im Herbst 1989 gab es erstmalig eine Gesprächsrunde mit dem Bezirksarzt und körperbehinderten Menschen, bei der das Bedürfnis nach Austausch und Informationen sehr deutlich wurde. Vielleicht war das die Basis für die Einrichtung der Beratungsstelle ...

Wie viele waren da beschäftigt?

Zwei Mitarbeiterinnen – die Mutter eines schwerbehinderten Kindes und ich. Dazu zwei Zivildienstleistende. Wir bekamen aber auch fachliche u.a. Unterstützung von verschiedenen Seiten – so z.B. von Jochen Reif von der Sozialversicherung – später AOK - und ehrenamtlicher Vorsitzender der Volkssolidarität. Er war in sozialrechtlichen Fragen sehr erfahren und durch seine Kriegsverletzung auch als behinderter Mensch in unserem Verband sehr engagiert. Über die Arbeiterwohlfahrt unterstützte uns eine Psychologin, auch Mitglieder vom Neuen Forum, wie der Dirigent der Suhler Philharmonie Siegfried Geisler, waren sehr interessiert an unseren Themen. Die Kontakte zu vielen aktiven Persönlichkeiten der Wende bleiben für mich unvergesslich. Die Presse nannte uns einmal

„Brückenbauer zwischen den Menschen“.

Im Herbst 1991 war ich dann dabei, als mit dem „Düsseldorfer Appell“ (einem 1991 gegründeten Bündnis für Demokratie und interkulturelle Bildungsarbeit, Anm.d.Red.) auf der Reha-Messe in Düsseldorf dazu aufgerufen wurde, Artikel 3 des Grundgesetzes mit dem Zusatz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ zu ergänzen. Wir – das inzwischen in Suhl gegründete Aktionsbündnis der neuen und alten Verbände behinderter Menschen und Selbsthilfegruppen, aus dem später der Suhler Behindertenbeirat hervor ging - haben damals sehr viele Unterschriften dafür gesammelt.

Frauenarbeit für Behinderte

Auf dieser Reha-Messe habe ich auch Ahia Zemp - selbst behinderte Psychotherapeutin aus der Schweiz - kennengelernt. Sie war die erste, die mit ihrem Vortrag das Thema sexuelle Gewalt an behinderten Frauen öffentlich gemacht hat. Dieses Thema hat mich dann intensiv weiterbeschäftigt und war der Auslöser, mich meinen eigenen Gewalterfahrungen zu stellen. Dazu nutzte ich auch Frauentagungen und spezielle Fortbildungen für behinderte Frauen. Ab 1992 konnte ich im „Forum Arbeit mit behinderten Frauen“ mitarbeiten, das wurde vom ZSL (Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, Anm.d.Red.) in Erlangen initiiert.

Darüber haben wir uns ja auch kennengelernt!

Ja, Du hast mir diese Mitarbeit quasi übergeben. Ich war dann regelmäßig dabei, habe tolle Frauen - wie z.B. Dinah Radtke oder Birgit Schopmans u.a. - aus verschiedenen ZSL's (Zentren für selbstbestimmtes Leben) kennengelernt. Diese Treffen und Gespräche waren für meine persönliche Entwicklung, für Erfahrungen im Empowerment, sehr wichtig - eine sehr besondere und prägende Gruppe. Ich war die einzige Frau aus dem Osten in dieser Gruppe von Frauen, die sich schon viel mehr als ich mit ihrer persönlichen Situation und Themen der emanzipatorischen Frauenbewegung auseinandergesetzt hatten.

Diese Treffen und Kontakte waren für mich dann die Basis für das Angebot einer speziellen Beratung für behinderte Frauen – zuerst innerhalb der Beratungsstelle des Behindertenverbandes - und ab 1.1.1996 als erstes Projekt für behinderte Frauen in Thüringen oder sogar den neuen Bundesländern. Die Kontakt- und Beratungsstelle für Frauen mit Behinderungen „frau anders“ konnte ich durch die Unterstützung der Frauen

des Suhler Frauenzentrums initiieren und bis zur extremen Kürzung der Fördermittel von Land und Kommune bis Ende 2000 leiten. Unter dem Dach des Frauenzentrums war Gewalt an Frauen schon durch das Frauenhaus ein ständig begleitendes Thema. In der DDR gab es keine Beratung und keinen Schutz für Frauen mit Gewalterfahrungen, das war kein öffentliches Thema. Aber ich wusste, wie es sich anfühlt, mit blauem Auge und Sonnenbrille zur Arbeit zu gehen und die Hilflosigkeit und das Schweigen seiner Mitmenschen ertragen zu müssen. Deshalb wurde auch das Frauenzentrum als solches ein sehr besonderer und wichtiger Ort für mich und ich schätzte das Engagement der dort tätigen Frauen, so wie auch ich und meine Arbeit von ihnen geschätzt wurde. Es gab zwar noch kein für Rollstuhlnutzerinnen barrierefreies Frauenhaus, aber jede Frau die Hilfe suchte, fand die notwendige Unterstützung durch unsere Zusammenarbeit. Das Beratungsspektrum war daher auch wesentlich breiter als beim Verband der Behinderten und eine gute Vernetzung dazu erforderlich. Zum Empowerment trugen ebenfalls die regelmäßigen Treffen behinderter Frauen, Ausstellungen, Lesungen etc. bei.

Nach der Wende nahm ich mehrmals an Selbstverteidigungskursen für Frauen, in Kassel dann auch für behinderte Frauen teil und organisierte diese Kurse über "frau anders" in dann über Landesförderungen auch in Suhl.

Inzwischen hatte ich berufsbegleitend Sozialarbeit studiert und gehörte zu den ersten in Deutschland ausgebildeten Peer Counselorinnen der ISL (gleichartige Beraterinnen – hier: Behinderte für Behinderte – der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben, Anm.d.Red.). Ein wichtiger Meilenstein wurde so 1996 auch das „Erste europäische Treffen behinderter Frauen“ in München.

Strahlkraft der Verbandsarbeit

Es passierten viele spannende Geschichten und Aktionen, wie die Sternfahrt für mehr Mobilität mit der Bahn mit vielen Rollstuhlnutzern nach Erfurt - die Menschenkette durch die Fußgängerzone in Suhl oder der Protestzug über die wichtigsten Kreuzungen einer Bundesstraße, weil Rollstuhlnutzer*innen den Fußgängertunnel nicht benutzen konnten. Mehrmals gab es Kundgebungen vor dem Suhler Rathaus. Über solche Aktionen lernte ich Maik Nothnagel, der aus dem Nachbarkreis dazu nach Suhl kam, kennen. Bis heute ist Maik für mich vertrauter Freund und kompetenter Gesprächspartner.

Das JZsL initiierte z.B. in Jena einen Niederflurbustest, an dem ich teilnahm und den ich

danach im Juli 1992 in Suhl organisieren konnte. Ich denke auch an Podiumsdiskussionen und Ausstellungen zu Themen, die uns bewegten ...

Zum ersten Europäische Protesttag für die Gleichstellung und Antidiskriminierung Behinderter am 5. Mai 1992 nahmen viele behinderte und nichtbehinderte Menschen an einem Demonstrationzug durch die Suhler Fußgängerzone teil. Anlässlich dieses Tages gab es zuvor eine Themenserie in der Tagespresse, damit verstanden wurde, warum wir auf die Straße gehen und die Gleichstellung behinderter Menschen forderten.

Es war immer noch Aufbruchstimmung, in der wir uns stark und mutig als Teil eines großen Ganzen, einer deutschen Behindertenbewegung, fühlten. Wir wurden als Menschen und durch unsere Arbeit wertgeschätzt, erreichten so manches auf dem kleinen Dienstweg und es gab einen regen Austausch zwischen Ost und West. Auf der anderen Seite verloren in den Anfangsjahren der Wende viele Menschen, auch behinderte, ihre Arbeitsplätze und soziale Sicherheiten.

In einer von Suhl aus koordinierten Protestaktion der Thüringer Behindertenverbände und Selbsthilfeinitiativen vor dem Thüringer Landtag forderten wir mit der Übergabe von Unterschriftenlisten ein Landespflegegeld. Anlass war die Einstellung der Pflege- und Blindengeldzahlungen nach DDR-Recht zum 1.1.1992. Diese Aktion blieb allerdings erfolglos, weil sich nicht alle Verbände einig waren und so wurde aus dem geforderten Landespflegegeld für alle behinderten Menschen in Thüringen nur das Landesblindengeld. Diese Erfahrung und Entscheidung wirkt bis heute nach ...

Aber sonst gelang tatsächlich sehr viel und wenn ich nach Suhl komme, sehe ich immer noch die Spuren unseres damaligen Wirkens – Rampen, die gebaut wurden, Gebäude – auch denkmalgeschützte - die barrierefrei sind, Behindertentoiletten ...

Wir groß war damals der Kreis von engagierten Behinderten, die was gemacht haben?

Die organisatorische und Öffentlichkeitsarbeit haben wenige Leute geleistet. Durch Engagement, Vernetzung und unsere hauptamtlichen Stellen war das gut machbar. Wichtige Absprachen erfolgten in einem Kreis von etwa 10 Personen – dem Suhler Aktionsbündnis; dahinter standen aber weitere Leute aus den örtlichen Verbänden und Selbsthilfegruppen. Wir haben damals mehrfach größere Demos organisiert, da waren wir gut 200 Personen - Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und nichtbehinderte Unterstützer*innen wie Eltern, Angehörige, Mitglieder der Kirchgemeinden, Vertreter

verschiedener Parteien – ohne dieses engagierte Miteinander der Verbände vor Ort, der Motivation und Hoffnung auf positive Veränderungen wären wir in Suhl nicht so präsent gewesen. Ich weiß noch, wie ich damals alle weißen Bettlaken, die ich besaß, auf dem Wohnzimmertisch oder Fußboden zu Transparenten verarbeitet habe ...

Was stand da drauf?

Wir haben z.B. einen Behindertenbeauftragten in der Stadtverwaltung gefordert, den Abbau von Barrieren beim Bauen und in den Köpfen, ein Pflege-Assistenz-Gesetz oder „Nichts über uns ohne uns“ und „Niemand darf wegen seiner Behinderung diskriminiert werden“ in Verbindung mit der Forderung nach Änderung des Artikels 3 im Grundgesetz, auch „Es ist normal verschieden zu sein“ oder „Gleichstellung statt Almosen“. Auf einem Schild der Rheuma-Liga - wurde die Politik zitiert: „Keinem soll es schlechter gehen ... - Wir möchten KEINER heißen“, auf einem anderen „Wir sind nicht – wir werden BEHINDERT“. Wir haben immer regionale Themen, aber auch die der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung aufgegriffen.

So auch in unseren ersten Flugblättern zum 5. Mai 1993: Für Gleichstellung, Bildung und Arbeit, Mobilität, Barrierefreiheit, barrierefreie Wohnungen, für Assistenz, gegen Gewalt an behinderten Frauen ... Bei strömendem Regen haben wir gemeinsam mit behinderten Mitarbeiter*innen von der WfB (Werkstatt für Behinderte) demonstriert – in dieser Formation leider einmalig, aber in toller Stimmung und voller Stolz ...

Wir waren damals bereit, mit großer Leidenschaft und Elan unsere Gesellschaft zu verändern. Da war eine Idee, ein Ziel, eine Botschaft, wovon behinderte Menschen profitieren konnten - eine auf diese Menschen ausgerichtete Kommunikation, damit der Funke überspringt und es auch ihre Idee wird - Organisationstalente, die für die passenden Rahmenbedingungen sorgten - eine gemeinsame Aktion, aus der ggf. neue Ideen erwachsen sind - ein positives Feedback durch die Beteiligten, die Medien oder bekannte Persönlichkeiten.

Wie sah deine erste Begegnung mit der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung aus?

1990 - zu einem der ersten großen Verbandstage des ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland – Für Selbstbestimmung und Würde e.V.) waren Ottmar Miles-Paul und Uwe Frevert aus Kassel zu Gast. Sie berichteten voller Begeisterung über ihre Erfahrungen aus den USA, aus Berkeley, wo sie die amerikanische

Selbstbestimmt-Leben-Bewegung kennengelernt, studiert und viele Ideen mit nach Deutschland gebracht hatten. Ich hörte, wie behinderte Menschen in den USA als Expert*innen in eigener Sache ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nahmen und das es eine Antidiskriminierungs-Gesetzgebung, um Rechte – z.B. auf eine barrierefreie Umwelt – einklagen zu können, geben muss. Ich war voll begeistert – da war ein Funke übergesprungen. Ja, genau das wollte ich, das war mein Ding. In diesem Moment gab es für mich nicht nur die Vision, sondern auch die Chance einer gesamtdeutschen Selbstbestimmt-Leben-Bewegung. Aber ich spürte auch deutlich, dass es für die gerade entstandenen Behindertenverbände in den neuen Bundesländern keine Option war und besonders Eltern behinderter Kinder über diesen Ansatz nicht sehr glücklich waren. Sie wollten gleichberechtigt mitbestimmen und waren ja auch Teil der ostdeutschen Behindertenbewegung, die ihre Erfahrungen machen und ihren eigenen Weg finden wollte. Zwei "Wessis" wurden dazu nicht gebraucht. Für mich stellten sich dennoch an diesem Tag die Weichen nochmal neu und 1992 trat ich auch dem "Jenaer Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen" bei, aus dem sich eine gute Zusammenarbeit entwickelte. So wurden Ideen in Jena geboren und auch in Suhl umgesetzt oder z.B. unsere Flugblätter für die Öffentlichkeitsarbeit auch mal in Jena genutzt.

Abschließen möchte ich mit einem weiteren sehr prägendem Erlebnis: meiner Teilnahme am 1. Europäischen Behindertenparlament am 3. Dezember 1993 in Brüssel, wo einen Tag lang behinderte Menschen die Plätze der Europa-Abgeordneten einnahmen. An diesem Tag wurde auch der „Internationale Tag der Behinderten“ ins Leben gerufen. Ich befand mich um Mitternacht, vom 2. zum 3. Dezember in einer großen Gruppe von etwa 100 behinderten Menschen - viele davon im Rollstuhl und aus den unterschiedlichen Ländern - vor unserem Hotel. Nach einigen Worten von Rachel Hurst (der Direktorin des internationalen Netzwerkanbieters Disability Awareness in Action (DAA) von und für Menschen mit Behinderungen, Anm.d.Red.), den Rufen „Human rights for disabled people“ - Menschenrechte für Behinderte - haben wir bei Kälte und Regen mit dem Lied „We shall overcome“ diesen Tag begrüßt.

Jedes Jahr am 3. Dezember erinnere ich mich an die unermessliche Kraft und Hoffnung dieser ersten Stunde und immer noch brauchen wir mehr als diesen Tag, um für unsere Menschenrechte zu kämpfen und unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.